

Immer wieder wird gefragt, welche Funktionen der Studierendensurvey hinsichtlich der ‚Politikberatung‘ erfüllt, wie seine Resonanz ausfällt und ob praktisch-politische Folgen erkennbar sind. Seit Beginn im Jahre 1982 wird der Studierendensurvey finanziell gefördert durch das zuständige Ministerium für Bildung, Wissenschaft und Forschung, aktuell BMBF (Berlin/Bonn). Verantwortlich für seine Einrichtung, das Befragungsinstrument sowie die bundesweite Durchführung und differenzierte Berichterstattung ist die AG Hochschulforschung an der Universität Konstanz.

Die nachfolgende Darstellung basiert auf einem ‚Statement‘ anlässlich einer internationalen Tagung der Universität Genf, am 7. Dezember 2012.

43.3 Der Deutsche Studierendensurvey und die politische Beratung: Auftrag, Erfahrungen und Folgerungen

Auf drei Fragen wird eingegangen: Was ist der Auftrag? Welche Leistungen werden angeboten? Und welche Folgerungen lassen sich daraus ziehen?

I. Gründung und Auftrag

Anfang der 80er Jahre ließ sich das damalige Bundesministerium für Bildung und Wissenschaft (noch in Bonn angesiedelt) überzeugen, parallel zur Sozialerhebung über die sozio-ökonomische Dimension des Studierens eine weitere Massenerhebung einzurichten: Einen Survey über die kulturelle Dimension des Studierens, und zwar als Start zu einer kontinuierlichen Dauerbeobachtung. Der Studierendensurvey sollte „Studiensituation und studentische Orientierungen“ erfassen, so der offizielle Titel. Die „politische Beratung“ gehört zum Gründungsauftrag, sie ist eine zentrale „raison d’être“ des Vorhabens.

Finanziert wird der Studierendensurvey vom Bund als „öffentliche Hand“ und „politische Administration“, aber angesiedelt ist es an einer Universität als „Ort der Wissenschaft“ und „Wahrheitssuche“. Damit stand von Anfang an und steht bis heute das Projekt im *Spannungsfeld von „Wissenschaft“ und „Politik“*. Das ist der Grundkontext, in dem die Arbeit erfolgt: Die vertragliche Vereinbarung beinhaltet die hauptsächliche Finanzierung durch das Bundesministerium, aber sie stellt *keinen Auftrag dar*, sondern ist als *eine Förderung* zu verstehen.

Ebenso bedeutsam für das Bewegen im Spannungsfeld von Wissenschaft und Politik ist der wissenschaftliche Beirat. Ihm gehören vier bis fünf ausgewiesene Wissenschaftler/innen verschiedener Disziplinen an. Der Vorteil für die Arbeitsgruppe Hochschulforschung besteht in der Sicherung hinsichtlich der wissenschaftlichen Qualität und als Schutzschild gegenüber möglichen administrativen Einwirkungen, der Vorteil für das Ministerium liegt ebenfalls in der Absicherung wissenschaftlicher Standards und zudem in der erweiterten Beratung zur Datennutzung und praktischen Handhabung.

Grundverständnis: wissenschaftliche Politikberatung

Bei Einrichtung des Surveys bestand Einigkeit mit dem Auftraggeber: Das Hauptziel der gesammelten Informationen ist die Herstellung einer gemeinsamen Basis für Auseinandersetzungen, Handlungsstrategien und Entscheidungen. Es sollte eine systematische und empirische Grundlage, nach dem Stand der wissenschaftlichen Kunst in einem strittigen Feld geschaffen werden.

Im Rahmen des Auftrags ist die politische Beratung als erstes der „**Öffentlichkeit**“ verpflichtet. Und die Art der Vermittlung bleibt „diffus“, sie ist nicht auf einen einzelnen Beratungspartner ausgerichtet und generiert auch kein „Steuerungswissen“ allein für Ministerien oder Hochschulleitungen. Die Arbeiten, Instrumente wie Befunde, stehen vielmehr allen Interessierten offen..

Zweites Ziel war und ist es, den **Studierenden** mit ihren Problemen und Wünschen eine gewichtige Stimme zu verschaffen, jenseits von Vertretungen und Gruppierungen. Und zugleich wird den **Hochschulen** eine Rückmeldung zur Studienorganisation, zur Lehrqualität, zur Beratung und Betreuung vermittelt, und zwar möglichst differenziert und verlässlich.

II. Aktivitäten und Erfahrungen

Das Grundverständnis mit der **Orientierung auf die Öffentlichkeit, die Studierenden und die Hochschulen** zeigt sich in den einzelnen Aktivitäten: **Am Anfang**, unmittelbar nach jeder Erhebung, stehen drei Arbeiten an:

- 1) Zuerst die Herstellung des **Datenalmanachs** mit der Zeitreihe über die vorliegenden Erhebungen, differenziert nach Hochschulart, Fachrichtungen und Geschlecht. Er wird ins Netz gestellt und gedruckt vorgelegt, in begrenzter Auflage für Bibliotheken und Experten, Verbände und Administrationen.
- 2) Sodann die Erstellung der **Tabellate für jede beteiligte Hochschule** mit den hochschulspezifischen Grunddaten; alle erhalten dieses Dokument – und auf Bestellung werden weitere Exemplare nachgedruckt und zugestellt, etwa für Diskussionen in den Hochschulgremien.
- 3) Schließlich erfolgt die Übergabe der **Datei des Studierendensurveys**, die aktuelle Erhebung und die integrierte Datei über alle vorhandenen Wellen, jeweils mit eigenem Codebuch, an das Zentralarchiv in Köln, wo sie jeder aus der „wissenschaftlichen Öffentlichkeit“ nutzen kann.

Daran anschließend erfolgt für jede Erhebungsrunde eine **offizielle Berichterstattung** mit einem Hauptbericht in ausführlicher Langform und einer Kurzfassung mit Bilanz und Folgerungen. Die Manuskripte gehen an den Auftraggeber (BMBF), verschiedene Referate geben Rückmeldungen und Anmerkungen, die vor der Drucklegung kritisch geprüft werden.

Eine hervorstechende Bedeutung haben *Schwerpunktberichte und Fachmonographien*, weil sie ein spezielles, wichtiges Thema aufbereiten und weil sie unmittelbar Rückmeldungen und Anregungen erbringen. Sie sind insofern eher wirksam für Reformstrategien und die Hochschulentwicklung; das zeigen die Berichte zum Studium der Rechtswissenschaft und zum Studium der Medizin, aber auch zur Attraktivität und Studienqualität des Ingenieurstudiums.

Unmittelbare Klientel: Hochschulen und Studierende

Die Beratung der einzelnen Hochschulen, ihrer Leitungen oder anderer Einrichtungen, hat unterschiedliche Anlässe und Formen: von der Einzelberatung bis hin zu Referaten für „Dienstbesprechungen“ oder Beiträge zu „Tagen der Lehre“. Das Themenspektrum ist ebenfalls breit gefächert: Es umfasst evaluative Rückmeldungen zur Lehrdidaktik, Feststellungen zum sozialen Klima und zur Betreuung, aber auch Spezialthemen wie Realisierung des Praxisbezuges oder die Studiensituation von Frauen. Außerdem äußern die verschiedenen Einrichtungen an den Hochschulen immer wieder Nachfragen: die Studien- und Berufsberatung, die Hochschuldidaktik und Lehr-Entwicklung sowie das Qualitätsmanagement.

Gleichermaßen wie die Hochschulen werden die **Studierenden** als Partner gesehen, die Anspruch darauf haben, zu erfahren, was mit ihren Angaben geschieht. Allen Studierenden, die dies wünschen, wird daher die Kurzfassung des Reports zur jeweiligen Erhebung zugesandt. Zum Verteiler gehören selbstverständlich die studentischen Vertretungen, der Gesamtverband, oder andere studentische Gruppierungen. Den Anfragen einzelner Asten oder Hochschulgruppen zu Referaten und Diskussionen wird möglichst nachgekommen.

Spektrum an Interessenten: Stiftungen, Kirchen und Gewerkschaften

Darüber hinaus bedienen wir ein Spektrum an Verbänden und Institutionen. Eine gewisse Prominenz haben die Hochschulrektorenkonferenz wie die Landeskonferenzen ebenso die Fakultätentage, auch der Wissenschaftsrat nutzt die Daten öfters. Zuletzt wurde mit dem Deutsches Studentenwerk kooperiert: zu Fragen der studentischen Werte und des Wohnens wie auch zu allgemeinen Perspektiven der kulturellen und internationalen Dimension des Studierens. Dazu gehört auch ein Austausch mit dem DAAD, dem Deutschen Akademischen Austauschdienst, zum Auslandsstudium, was ihn fördert und was ihn hemmt.

Beratung und Nutzung nehmen oftmals die verschiedenen Stiftungen in Anspruch. Wir haben mit allen Stiftungen zusammengearbeitet, mit manchen enger, etwa der gewerkschaftlichen Hans-Böckler-Stiftung oder der Friedrich-Ebert Stiftung, aber auch mit der Naumann-Stiftung und der Adenauer-Stiftung, zuletzt mit der Rosa-Luxemburg-Stiftung.

Selbstverständlich sind wir offen für die Unterrichtung von Gewerkschaften (z.B. Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft) und Arbeitgeberverbänden (z.B. Südwest Metall), von Parteiausschüssen oder von Kirchengemeinden, katholisch, protestantisch oder anderer Konfession. Sie alle haben an den Hochschulen wichtige Funktionen für das Zusammenleben und die Bildung der Studierenden zu erfüllen, bei denen wir sie durch Informationen und Anregungen unterstützen, wenn dies gewünscht wird.

III Einfluss und Folgen

Das erste Ziel der Politikberatung ist erreicht, wenn Daten und Befunde rezipiert und genutzt werden, wenn viele Anfragen, auch nach Beiträgen und Vorträgen gestellt werden. In dieser Hinsicht ist ein kontinuierlicher Aufwärtstrend festzustellen, der recht umfangreich geworden ist.

Die Beeinflussung inhaltlicher Orientierungen, Positionen und Entscheidungen ist schwierig zu bemessen und einzuschätzen. Dennoch meinen wir, zur Entwicklung in einigen Feldern aufgrund unserer Daten, Befunde und Präsentationen beigetragen, zuweilen einfach nur mehr Nachdenklichkeit oder Verunsicherung hergestellt zu haben, ehe neue Wege beschritten werden konnten. Stichwortartig seien immerhin acht Felder benannt, wo solche Einflussnahme feststellbar und ersichtlich sind, ohne hier die Belege im Einzelnen vorzuführen:

- bei Änderungen im Medizinstudium, vor allem in der ersten Studienphase;
- bei der Stärkung der Studienberatungen, ihrer Anerkennung und Aufgaben;
- beim Aufweis der sozialen Ungleichheit im Studium, mit den Hemmnissen für Bildungsaufsteiger;
- mit dem Aufweis der Relevanz des Auslandsstudiums und seiner Strategie im Bachelorstudium;
- bei dem Drängen nach Transparenz und offener Auswahl bei den Hochbegabten-Stiftungen;

- mit den Beiträgen zur Evaluationsmethodik und Hochschuldidaktik, zuweilen kontrovers;
- das vielfache Zurechtrücken mancher Bologna-Aufregungen, falscher Versprechungen wie unzutreffender Kritik;
- die differenzierte Sicht auf den Forschungs- und Praxisbezug im Studium hinsichtlich des Ertrages verschiedener Vermittlungsformen.

IV Resonanz und Akzeptanz

Die Arbeiten der AG Hochschulforschung folgen einem im Grunde einfachen Prozess: Wir sammeln **Daten** und bereiten sie zu **Informationen** auf, wir stellen **Befunde** dar und ziehen durchaus **Folgerungen** – wobei es sich um Empfehlungen, Anregungen und Überlegungen mit Bezug auf die Empirie des Studierendensurveys handelt. Was wir im Feld von Politik und Praxis damit bewirken können, bleibt grundsätzlich offen und diffus: Es kann daher als „Influence“, d.h. Einflussnahme, bezeichnet werden - und so ist auch die politische Beratung auf der Grundlage des Studierendensurveys zu verstehen.

Abschließend sei kein Code of Behaviour für die Politikberatung aufgestellt, vielmehr werden nur sechs Prinzipien benannt, die geholfen haben, Resonanz und Akzeptanz des Studierendensurveys im Feld der Politik auf ganz verschiedenen Ebenen zu gewinnen und zu sichern:

- (1) *Anerkennung in der Fachwissenschaft*, sowohl methodisch wie inhaltlich – eine theoretische Verankerung leisten, selbst aktiv für den wissenschaftlichen Austausch arbeiten, z.B. in eigenen (internationalen) Workshops.
- (2) *Der feststellbaren Wahrheit verpflichtet* bleiben: „So sind die Daten...“; Interpretationen immer empirisch absichern, möglichst methodisch „wasserdicht“; Befunde durch Gespräche „nachprüfbar“ und „erfahrbar“ machen.
- (3) *Der Hochschulpraxis auf Verlangen immer zur Verfügung stehen* – mit vielen Adressaten von den Leitungen und Studentenvertretungen, über die Studienberatung und das Qualitätsmanagement bis zu den Kirchengemeinden.
- (4) *Offen sein* für alle, auch für *unterschiedliche politische Gruppierungen*, etwa deren Einladungen zu folgen – Parteien und Stiftungen, Verbände und Institutionen aller Art und Ausrichtung.
- (5) *Politikberatung* ist nicht nebenher zu leisten; sie bedarf eines *nicht unerheblichen Aufwandes* und eigener Grundlagen und Formen, um politisch oder praktisch Handelnde zu erreichen, womöglich zu überzeugen.
- (6) *Das Feld der Politik wertschätzen* und die politisch Handelnden respektieren: dort herrschen andere Codes und Regeln, andere Maßstäbe und Geltungen, Risiken und auch Zwänge.

Deshalb kann resümiert werden: Wir reden gar nicht so gerne oder stolz von „Politikberatung“ – das machen eher andere wie „Unternehmensberatungen“ mit Flip-Charts und vielen Pfeilen.... Unser Auftrag und unsere Aufgabe ist zurückhaltender: Wir gewinnen Daten und stellen nüchterne Tabellen oder Reports zur Verfügung, wir betreiben „Öffentlichkeitsarbeit“ und stellen (modisch gesagt) „Transparenz“ her. Wir verzichten keineswegs auf Folgerungen und Anregungen, wir ziehen sie durchaus und stellen sie dann zur Diskussion, wie auch diese Ausführungen zum Studierendensurvey und seinen Leistungen in der „Politikberatung“.

Tino Bargel